

Der Ministerpräsident des Landes Schleswig-Holstein
Postfach 71 22 | 24171 Kiel

Bürgerinitiative
Ratekau wehrt sich -
keine Güterzüge durch unsere Gemeinde
Kerstin Fischer
Jahnstr. 16
23626 Ratekau

10. April 2013

Sehr geehrte Frau Fischer,

ich habe Ihren Aufruf zu einer Demonstration zur festen Fehmarnbelt-Querung anlässlich meines Besuch der IHK Lübeck am kommenden Montag erhalten und möchte die Gelegenheit nutzen, Ihnen mit diesem Brief meine Position näher zu erläutern.

Ich bin überzeugt: Die feste Fehmarnbelt-Querung bietet neue Perspektiven und große Entwicklungschancen besonders für Lübeck und Ostholstein. Die beiden großen Brückenprojekte in Dänemark – am Großen Belt und am Öresund – haben gezeigt, dass Brücken und Tunnel etwas vermögen, was Fähren nicht können: Sie ziehen die Regionen auf beiden Seiten des Wassers näher zusammen. Insofern bietet sich für die Region Ostholstein-Lübeck die einzigartige Chance, zu einer echten Grenzregion zu werden – mit all den Vorzügen, die sich daraus für die Menschen vor Ort ergeben.

Dabei reicht die Wirkung weit über die Vorteile für die Wirtschaft hinaus. Wir können an unserer nördlichen Landgrenze sehen, welch großen Gewinn eine engere Verknüpfung mit unseren dänischen Nachbarn für alle in der Region – für Arbeitnehmer und regionale Unternehmen, für die Lebensperspektiven junger Menschen und Bildungseinrichtungen, für Vereine und kulturell Interessierte – bringt.

Mir ist bewusst, dass nicht alle Menschen am Fehmarnbelt diese Hoffnungen hegen und die Begeisterung teilen. Aber auch wenn man sich dieser Argumentation nicht anschließen mag, dann muss man eines sehen: Es gibt einen Staatsvertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Dänemark gibt, den es einzuhalten gilt und der nicht einseitig gekündigt werden kann. Unsere dänischen Nachbarn werden dies auf keinen Fall tun. Das dänische Parlament hat im letzten Monat die Gelder für den Bau der Fehmarnbelt-Querung bewilligt und damit de facto das Projekt auf dänischer Seite begonnen. In Däne-

mark ist man längst über die Phase des „ob“ hinweg und bereitet sich mit Hochdruck darauf vor, zu bauen. Das ist die Realität, zu der die Landesregierung sich verhalten muss.

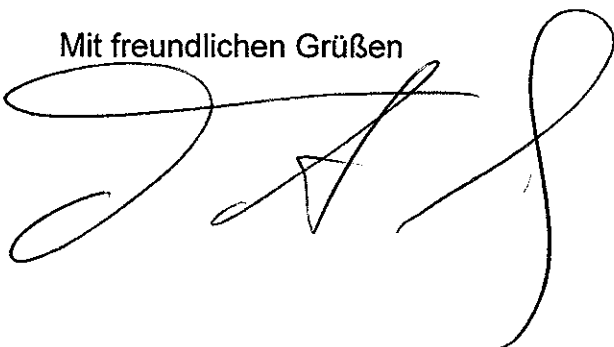
Unsere wichtigste Aufgabe besteht nun darin, im laufenden Raumordnungs-verfahren die für unser Land und die Menschen bestmögliche, raum- und sozialverträgliche Schienentrasse zu ermitteln. Ich begrüße ausdrücklich, dass Bundesverkehrsminister Ramsauer sich erst in dieser Woche dafür eingesetzt hat, die Beltquerung im ostholsteinischen Hinterland über zwei Schienentrassen anzubinden. Dies bietet die Möglichkeit, den Güter- und Fernverkehr so zu lenken, dass er nicht den Tourismus an der Lübecker Bucht stört. Ich werde mich jetzt bei der Bundesregierung und bei der Deutschen Bahn dafür einsetzen, dass diese zweite Trasse nun auch wirklich in das Raumordnungsverfahren eingebracht wird. Nur dann kann die auch von Minister Ramsauer als wünschenswert erachtete Lösung im Verfahren geprüft und gegebenenfalls am Ende als raumverträglich ermittelt werden. Die Einbeziehung dieser Alternativen kann aber aus rechtlichen Gründen nur durch die Bahn als Vorhabenträgerin erfolgen. Sie würde dadurch einen immens wichtigen Beitrag zur Umsetzung des Staatsvertrag leisten und mithelfen, die Verpflichtung aller Beteiligten gegenüber den Menschen in Ostholstein und Lübeck bestmöglich zu erfüllen.

Außerdem macht die Landesregierung sich dafür stark, dass für die Fehmarnsund-Querung eine Lösung gefunden wird. Es darf dort nicht zu einer Situation kommen, bei der man lange warten muss, um auf die Insel oder von ihr herunter zu kommen. Das würde die Einheimischen und den Tourismus in der Region stark beeinträchtigen. Wirtschaftsminister Meyer hat sich deshalb beim Bundesverkehrsminister erfolgreich dafür eingesetzt, dass dieses übersehene Problem beim Bund mit auf die Agenda gekommen ist.

Die Landesregierung arbeitet daran, für die Region Ostholstein-Lübeck das Beste herauszuholen. Damit werden wir unserer Verantwortung für die Menschen vor Ort besser gerecht als durch einen aussichtslosen Kampf gegen Windmühlenflügel.

Im laufenden Raumordnungsverfahren konnten alle Beteiligten und interessierten Bürgerinnen und Bürger bis zum 25. März ihre eigene Stellungnahme abgeben, erstmals auch im Internet. Die Landesregierung wertet diese Stellungnahmen jetzt sorgfältig aus, um zur raumverträglichsten Trasse zu kommen, die die verschiedenen Interessen in der Region sorgfältig ausbalanciert.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, consisting of a large, stylized initial 'S' followed by a series of loops and a long vertical stroke.